

# Deutschlands **MILLIARDEN**-Frau

Anja Mikus legt für den Staat das Geld an, mit dem einst der Atommüll entsorgt werden soll. Bisher hat sie Erfolg – der Fonds kann zum Vorbild für weitere Staatsfonds werden

**D**raußen art déco, drinnen Hosenanzug, das ist unfreiwillig komisch. Erst vor wenigen Wochen ist die Chefin des ersten deutschen Staatsfonds mit ihren Mitarbeitern in das frisch sanierte Gebäude gezogen.

VON KARSTEN SEIBEL

Auf den meisten Schreibtischen steht nichts außer einem Computer, ansonsten viel Glas, viel Stahl, keine Gemälde an den Wänden, nur ein paar Whiteboards mit Filzstiften in der Ablage. In dieser Atmosphäre nüchterner Geschäftigkeit werden sie verwaltet: jene 24,1 Milliarden Euro, die von den Betreibern der deutschen Kernkraftwerke vor gut zwei Jahren an den „Fonds zur Finanzierung der kerntechnischen Entsorgung“, kurz Kenfo, überwiesen wurden. Mit diesem Geld sollen die Zwischen- und Endlagerung des radioaktiven Abfalls aus den bald stillgelegten Kernkraftwerken bezahlt werden, bis zum Ende des Jahrhunderts. Dafür müssen Mikus und ihr auf 22 Kollegen angewachsenes Team den Betrag so geschickt in Aktien, Anleihen, Immobilien und Firmenbeteiligungen investieren, dass eine jährliche Rendite von rund 3,5 Prozent herauskommt.

Bislang läuft es gut. „Auch im Niedrigzinsumfeld haben wir richtig Geld verdient“, sagt Mikus. Bis Ende September sei durch Zinsen, Dividenden und Kurszuwächse ein Betrag von 676 Millionen Euro zusammengekommen. „Die Rendite auf das schrittweise investierte Kapital liegt bei 7,5 Prozent pro Jahr“, so die gebürtige Nordhessin. Nach Abzug sämtlicher Kosten habe der Fonds seit seinem Start eine halbe Milliarde Euro erwirtschaftet.

Mit diesen Zahlen kann Mikus sich sehen lassen in Zeiten, in denen viele Bürger froh sein müssen, wenn sie mit ihren Ersparnissen überhaupt noch eine Rendite zusammenbekommen. Die Managerin traut dem noch jungen Fonds zu, dass er zum Vorbild für weitere deutsche Staatsfonds wird.

Mikus, 61 Jahre alt, kennt das Investmentgeschäft. Sie arbeitete für den Versicherungsriesen Allianz, leitete das Portfoliomanagement bei Union Investment, dem Fondsanbieter der Volks- und Raiffeisenbanken. 2012 ging sie zur Investmentboutique Arabesque, die sich auf sozialökologische Anlagen spezialisiert hat. Vor gut zwei Jahren wechselte sie aus der Privatwirtschaft zum Staat.



„Richtig Geld verdient“: Staatsfondschefin Anja Mikus

„Wir alle sind getragen von der Idee, den ersten deutschen Staatsfonds aufzubauen“, sagt Mikus. So konnte sie Leute aus oft besser bezahlten Jobs in den Finanzmetropolen Frankfurt oder London nach Berlin locken.

Der Auftrag ist längst nicht erledigt, erst 11,3 Milliarden Euro sind investiert. Der Rest liegt weiterhin auf Konten der Deutschen Bundesbank – und macht keinen Gewinn, sondern Verlust. Wie auf hohe Einlagensummen heute üblich verlangt die Bundesbank Strafzinsen. „Etwas mehr als 60 Millionen Euro“ muss der Fonds in diesem Jahr abführen, sagt Mikus, vergangenes Jahr waren es 86 Millionen Euro.

Die Verluste nimmt sie hin, sie sind Teil ihres Plans. Erst im Jahr 2025 soll alles Geld investiert sein. „Es zahlt sich aus“, sagt Mikus, „dass wir nach und nach das Geld anlegen.“ Zum Jahreswechsel etwa sei viel Geld in Aktien und Anleihen geflossen, als die Kurse später nach oben gingen, habe der Fonds davon „extrem gut profitiert“. Mikus' Strategie: Schrittweise anlegen, breit streuen. So, sagt sie, würde sie es jedem Privatanleger raten.

Sie hat viele Freiheiten, wie sie vorgeht. „Unser Mandat ist die Renditezielung, sonst nichts“, sagt sie. Für gezielte Förderpolitik, etwa um Elektromobilität zu stärken, darf die Politik die

Milliarden nicht nutzen. Aber nachhaltig soll die Anlage sein, zumindest ein bisschen. Aktien von Unternehmen, die mit Atomkraft Geld verdienen, sind tabu. Aktien von Autobauern und Fluglinien dürfen ins Portfolio. Es reicht, wenn sie ein gewisses Maß an sozialen und ökologischen Kriterien erfüllen. Mikus verteidigt diesen eher laxen Klima-Ansatz: „Der Effekt ist spürbarer, wenn wir in Unternehmen investieren, die sich zum Beispiel beim CO<sub>2</sub>-Ausstoß noch verbessern können, als nur in Solarparks, die schon klimaneutral sind.“

In den Anfangswochen saß Mikus allein mit ihren zwei Vorstandskollegen und einem Juristen in provisorischen

Räumen im Bundeswirtschaftsministerium. „Es gab keine detaillierte Arbeitsanweisung, wie ein Staat mehr als 20 Milliarden Euro über 80 Jahre hinweg anzulegen hat“, sagt sie. Also mussten sie alles selbst aufbauen, Finanzbuchhaltung, Personalwesen, Risikomanagement. Sie brauchten eine Anlagestrategie und mussten entscheiden, was der als öffentlich-rechtliche Stiftung aufgesetzte Fonds selbst macht und welche Projekte an externe Dienstleister vergeben werden. Der Job fordert Geduld, sagt Mikus: „Der Prozess der öffentlichen Auftragsvergabe kann recht langwierig sein.“ Sie musste außerdem lernen, dass allzu eigenständig agierende Führungskräfte innerhalb der Staatsmaschinerie mit ihren Hierarchien eher ungern gesehen werden. Man hat sie mehr als einmal zurückgepfiffen.

Das hindert sie nicht daran, über ihren Auftrag hinauszudenken. „Der Kenfo hat eine Struktur geschaffen, die Orientierung geben könnte für andere Fonds des deutschen Staates“, sagt sie. Auf der ersten Etage des Lenzhauses ist alles vorhanden, was auch für andere Staatsfonds nützlich wäre: Strategieentwicklung, Vermögensmanagement, Risikomanagement. Und der gute Ruf hilft, die Kosten im Griff zu behalten. „Als Staatsfonds genießt der Kenfo eine sehr gute Stellung im Markt, man möchte mit uns Geschäfte machen“, sagt Mikus. Deshalb erziele man „sehr wettbewerbsfähige Konditionen“. Genaue Zahlen nennt sie nicht.

Ziele, für die sich weitere Staatsfonds lohnen könnten, gibt es: Infrastrukturförderung und Altersvorsorge gehören dazu. In der Bundesregierung zeigt man sich offen gegenüber solchen Vorschlägen. Man verfolge diese mit Interesse und stehe hierzu im üblichen Austausch mit der Wissenschaft, heißt es aus dem Bundesfinanzministerium. Im Wirtschaftsministerium verweist man auf die Frage, ob der Kenfo weiteren Staatsfonds als Plattform dienen könne, etwa im Bereich Altersvorsorge,

auf die laufenden Beratungen der Rentenkommission. Die hat den Auftrag, bis März nächsten Jahres ein Konzept für die Alterssicherung in Deutschland ab dem Jahr 2025 zu finden.

Ob Anja Mikus bis dahin bleibt, lässt sie offen. Ihr Vertrag läuft erst einmal bis Ende 2020. In den nächsten Wochen steht der Einstieg bei dem ersten Private-Equity-Fonds an. Auch das ist für den deutschen Staat Neuland. Vor wenigen Jahren nannten Politiker diese Fonds noch Heuschrecken.